

Verzweifelte Gouverneure betteln um Kostenerleichterungen für Offshore-Windkraftanlagen

geschrieben von Chris Frey | 11. Oktober 2023

David Wojick

Sechs Gouverneure der Atlantikküste flehen die Bundesbehörden an, ihnen aus der drohenden enormen Kostenüberschreitung bei der Offshore-Windkraft zu helfen. In einem gemeinsamen Schreiben an Biden baten sie um eine Reihe von Hilfsmaßnahmen, die von Steuererleichterungen bis zur Aufteilung der Einnahmen reichen.

Das Ergebnis ist noch nicht absehbar, aber ich vermute, dass die Großzügigkeit nicht zum Tragen kommen wird, insbesondere angesichts der laufenden Haushaltskämpfe auf Bundesebene. Vielleicht später. Die meisten Anträge erfordern jedoch wahrscheinlich auch umfangreiche Änderungen der Rechtsvorschriften, was Jahre dauern könnte. Es könnte sogar eine Gesetzgebung erforderlich sein, die es nie geben wird.

Aber es ist dringend notwendig, denn die Offshore-Entwickler fordern sofortige Strompreiserhöhungen von rund 50 %, damit sie nicht anderswo bessere Chancen erhalten. Sie können dies tun, weil die Offshore-Windenergie weltweit boomt. Selbst Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen wie Indonesien sprechen von großen Offshore-Zahlen.

Ironischerweise ist es dieser Boom, der einige der schockierenden Preissteigerungen verursacht. Es gibt sogar einen Mangel an hochspezialisierten Kranschiffen, die diese riesigen Türme errichten. Die Lieferkette ist ein Verkäufermarkt, zumindest auf dem Papier. Steigende Zinssätze sind ein weiterer wichtiger Faktor.

Das Schreiben ist ziemlich vage, aber es werden im Wesentlichen drei Arten von staatlichen Hilfen gefordert. Dabei handelt es sich um Steuergutschriften, eine Aufteilung der Einnahmen und eine Straffung der Genehmigungsverfahren. Ich bin mir sicher, dass sowohl die Bauunternehmer als auch die Gouverneure viel Lobbyarbeit betreiben. Leider ist das alles geheim, so dass die spezifischen Fragen gut versteckt sind und die folgende kurze Analyse etwas spekulativ ist.

Der Brief ist [hier](#).

Es scheint zwei Probleme mit Steuergutschriften zu geben. Das erste, bei dem das Finanzamt vielleicht tatsächlich etwas tun kann, betrifft die Definition des Projekts für erneuerbare Energien, für das die Steuergutschriften für Investitionen gewährt werden. Gegenwärtig zählt wahrscheinlich nur die Erzeugungsanlage. Dazu gehören wahrscheinlich der

Turm und das Monopile-Fundament sowie der Turbinengenerator und die riesigen Rotorblätter.

Die umfangreiche Unterwasserverkabelung, die massiven Offshore-Umspannwerke, die riesige Exportverkabelung und die kostspieligen Erweiterungen der Onshore-Übertragung werden jedoch nicht berücksichtigt. Diese Systemkomponenten machen einen beträchtlichen Teil der Projektkosten aus.

Der zweite Punkt sind die Bonus-Steuerzuschüsse, die im Rahmen des so genannten Inflation Reduction Act (IRA) gewährt werden. Dabei handelt es sich um eine 10-prozentige Steuerzuschuss, die Entwickler erhalten, wenn sie bestimmte Anforderungen an den Inlandsanteil erfüllen. Offshore-Windkraftanlagen werden im Rahmen des IRA bereits stark begünstigt, da die Anforderungen an den Anteil der inländischen Energie nur halb so hoch sind wie bei allen anderen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien.

Soweit ich das beurteilen kann, soll die derzeitige mickrige Anforderung noch geringer ausfallen. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die meisten Komponenten aus Übersee kommen. Amerika verfügt nur über sehr wenige spezialisierte Produktionskapazitäten für Offshore-Komponenten, da wir hier nie welche gebaut haben. Der Aufbau dieser Art von Industriekapazitäten wird sehr lange dauern.

Da die spezifischen Anforderungen an die Inlandskomponente jedoch im Gesetz verankert sind, dürfte der IRS nur sehr wenig Spielraum haben, und was er hat, dürfte die Aufstellung von Regeln erfordern. Es wird sehr interessant sein zu beobachten, wie sich dies entwickelt. Es könnte eine Gesetzgebung erforderlich sein, was, gelinde gesagt, ungewiss ist.

Was die Aufteilung der Einnahmen anbelangt, so wollen die Staaten einen Anteil an den Milliarden Dollar, welche die Erschließungsunternehmen als Pachtzahlungen für Offshore-Standorte an die [US-]Bundesregierung leisten. Einzelne Standorte haben über eine Milliarde gezahlt. Einige Standorte befinden sich zumindest teilweise in staatlichen Gewässern, die meisten jedoch nicht.

Hier stellt sich die Frage, warum die Steuerzahler in Wyoming für die Senkung der Stromrechnungen in New Jersey aufkommen sollten. Die für das Offshore-Leasing zuständige Behörde ist das Bureau of Ocean Energy Management (BOEM) im Innenministerium. Sie ist begeistert von Offshore-Windkraftanlagen und hat daher möglicherweise nichts dagegen, die Einnahmen zu teilen, wenn das Projekt dadurch weitergeführt wird.

Ich habe keine Ahnung, wie die Rechtslage in diesem Fall aussieht, aber sie ist wahrscheinlich sehr komplex. BOEM hat lange Zeit Offshore-Öl- und -Gasleasing im Golf betrieben, so dass es ein umfangreiches Gesetzeswerk geben sollte, mit dem man umgehen kann.

Wer wie viel bekommt, ist eine interessante Frage, insbesondere bei

Projekten, bei denen der Strom an mehrere Staaten verkauft werden soll. Außerdem erwarten die Staaten, dass sie einen Teil davon an andere Staaten verkaufen. Da viele der fraglichen Stromabnahmeverträge mit Versorgungsunternehmen und nicht mit Staaten geschlossen werden, sollten diese vielleicht das Geld bekommen.

Wenn es zu dieser Aufteilung der Einnahmen käme, könnten die Golfstaaten übrigens auch ein Stück vom Öl- und Gasgeschäft abhaben wollen. Nichts davon ist einfach, ganz sicher. (Nebenbei bemerkt: Vielleicht sollten die Bundesbehörden Lizenzgebühren für die gewonnene Windenergie erheben, wie die 18,75 %, die sie für die Offshore-Ölförderung erhalten).

Was die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren angeht, so ist dies bereits ein heißes Thema im Kongress, aber es gibt keinen Konsens darüber, was dies überhaupt bedeutet, geschweige denn, wie man es machen soll. Ich denke, BOEM arbeitet bereits so schnell wie möglich und ignoriert dabei viele Probleme, wie z. B. den Tod von Walen. Und natürlich kann die Biden-Exekutive die Justiz nicht beschleunigen, wo ein Großteil der Projektverzögerungen auf Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen ist.

Kurzum, dieses scheinbar einfache Schreiben weist auf einige wirklich haarige Probleme hin. Die Gespräche finden im Geheimen statt, und ich habe noch keine detaillierte Analyse der möglichen Maßnahmen und ihrer Auswirkungen gesehen. Wenn das Schicksal der atlantischen Offshore-Windenergie wirklich von diesen haarigen Schritten abhängt, dann befinden wir uns mit Sicherheit in „Nobody knows land“. Dies kann aus Sicht der Investoren nicht gut sein, so dass weitere Aktien fallen könnten.

Bleiben Sie bei CFACT dran, um zu sehen, wie dieses verrückte Offshore-Drama ausgeht. Es könnte eine Weile dauern.

Autor: *David Wojick, Ph.D. is an independent analyst working at the intersection of science, technology and policy. For origins see http://www.stemed.info/engineer_tackles_confusion.html For over 100 prior articles for CFACT see <http://www.cfact.org/author/david-wojick-ph-d/> Available for confidential research and consulting*

Link:

<https://www.cfact.org/2023/09/25/desperate-governors-beg-for-offshore-wind-cost-relief/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE